

Sonderdruck aus

Die Kunst des Vernetzens

Festschrift
für Wolfgang Hempel

Herausgegeben von
Botho Brachmann, Helmut Knüppel,
Joachim-Felix Leonhard und
Julius H. Schoeps



Verlag für Berlin-Brandenburg

Schriftenreihe des Wilhelm-Fraenger-Instituts Potsdam

Herausgegeben von Prof. e.h. Wolfgang Hempel
Prof. Dr. Helmut Knüppel
Prof. Dr. Julius H. Schoeps

Band 9

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 3-86650-344-X

Die Entscheidung darüber, ob die alte oder neue deutsche Rechtschreibung Anwendung findet, blieb den Autoren überlassen, die auch selbst für Inhalt, Literaturangaben und Quellenzitate verantwortlich zeichnen.

Umschlaggestaltung: Christine Petzak, Berlin
Redaktion und Satz: Dieter Hebig, www.dieter-hebig.de
Druck: Druckhaus NOMOS, Sinzheim

Titelfoto: Burg Ludwigstein, Innenhof

1. Auflage 2006
© Verlag für Berlin-Brandenburg GmbH,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin.
www.verlagberlinbrandenburg.de

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Das europäische Judentum am Vorabend der Katastrophe

Ein Prolog

Von Elke-Vera Kotowski

Zweifellos stellt die Vernichtungspolitik der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und deren Schergen in vielen europäischen Ländern den Höhepunkt der Menschenverachtung dar. Allerdings belegt die Geschichte der Juden seit ihrem Leben in der Diaspora (Exil), dass sie von ihrer Umwelt stets mit Aufmerksamkeit und meist mit Argwohn betrachtet wurde. Der folgende Beitrag will daran erinnern, dass die Diffamierung und Verachtung der Juden als Kollektivum nicht ein ausschließliches Phänomen des frühen 20. Jahrhunderts darstellt, sondern deren Wurzeln tief in der europäischen Geschichte verankert sind. Zentral in diesem Zusammenhang ist das Eigen- und Fremdbild *der Juden* sowie die Lösungsversuche der „Judenfrage“, die sich seit der europäischen Aufklärung wie ein roter Faden durch die Beziehungsgeschichte zwischen nichtjüdischer Mehrheitsgesellschaft und jüdischer Minderheit zog.

„Die Judenfrage“ – ein historischer Rückblick

Obwohl der Begriff „Judenfrage“ erst um 1840 in Deutschland – übrigens von dem Juden und Junghegelianer Bruno Bauer – geprägt wurde, kennzeichnet er die gesamte Geschichte der Juden seit ihrem Exodus aus Israel. Ihr jüdisches Dasein in der Diaspora war stets durch ein Wechselspiel von Tolerierung, Integration und Vertreibung gekennzeichnet. Die ersten Lösungsversuche der „Judenfrage“ begannen zu dem Zeitpunkt, als im Zuge der europäischen Aufklärung und der sich merkantilistisch entwickelnden Nationalstaaten eine Annäherung von Juden und Nichtjuden stattfand, die mit der generellen Auflösung der feudalistischen Ständordnung einherging. Juden traten aus den Ghetto Mauern und Judengassen heraus und erwiesen sich als zunehmend „nützlich“ für Staat und Gesellschaft.

Es war jedoch ein langer Weg, bis ihnen die Emanzipation – als eine Möglichkeit der „Lösung der Judenfrage“ – zugebilligt wurde. Während beispielsweise im Zuge der französischen Revolution das Gesetz vom 13. November 1791 allen französischen Juden die sofortige und uneingeschränkte Gleichstellung brachte, dauerte es in vielen europäischen Ländern noch

Jahrzehnte bis eine rechtliche und gesellschaftliche Emanzipation der jüdischen Bevölkerung gewährt wurde. Die rechtliche Gleichstellung erhielten die Juden 1796 in den Niederlanden, 1831 in Belgien, 1839 im Osmanischen Reich, 1867 in Österreich-Ungarn, 1870 in Italien und schließlich 1871 in Deutschland.

Bis zur rechtlichen Gleichstellung gegenüber der christlichen Mehrheitsgesellschaft gab es sogenannte Judenordnungen, welche die Belange der jüdischen Minderheit innerhalb der jeweiligen Territorialhoheit regelten. Im Vordergrund standen dabei die finanziellen Einnahmen der jeweiligen Herrscher, die den angesiedelten Juden in der Regel hohe Schutzgelder für deren Aufenthalt abverlangten. Rigide Verordnungen schränkten die Bewegungsfreiheit der Juden jedoch erheblich ein und sollten den Interessen der christlichen Untertanen, gerade auf wirtschaftlichem Gebiet, Rechnung tragen. Es herrschte ein Zunftverbot in vielen Handwerksberufen, Juden durften kein Land erwerben und konnten sich auch nicht als Bauern niederlassen. Somit beschränkte sich ihr Broterwerb fast ausschließlich auf Handelsberufe.

Neben den ökonomischen Vorbehalten waren religiöse Ressentiments kennzeichnend für den Umgang mit der jüdischen Minderheit. Vor allem in protestantischen Staaten wurden immer wieder neue Schritte unternommen, um Juden zu diskriminieren. Waren die Judenverordnungen katholischer Territorialstaaten zwar etwas großzügiger, so galt aber auch dort der alte Konzilssatz, dass die christliche Freiheit der jüdischen Dienstbarkeit überlegen sein müsse. Das hieß beispielsweise, dass Juden die Beschäftigung christlicher Mägde und Knechte und vor allem die Inanspruchnahme von Ammen verboten wurde. Ferner blieb das Wohnen von Juden und Christen unter einem gemeinsamen Dach untersagt. Die Ausübung religiöser Zeremonien blieb den Juden zudem lange nur im privaten Raum gestattet. Der Bau öffentlicher Synagogen wurde in protestantischen Staaten erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts erlaubt. Da die Synagogen nach außen schlicht und unscheinbar wirken mussten, wurden sie in der Regel in Hinterhöfen errichtet.

Die räumliche Isolation von der christlichen Mehrheitsgesellschaft förderte innerhalb der jüdischen Gemeinden eine mentale Abgeschlossenheit, die ausschließlich auf religiösen Sitten und Ritualen basierte. Die Geborgenheit innerhalb der Gemeinde und die Wahrung ihrer religiösen Traditionen waren die Quellen, die ihr Selbstverständnis und ihre Identität als Juden speisten. Allein Tora und Talmud bestimmten das geistige Leben, und die Bildung der Kinder beschränkte sich bis Ende des 18. Jahrhunderts

ausschließlich auf die religiöse Unterweisung. Allerdings markierte die Aufklärung, die im 18. Jahrhundert ganz Europa erfasste, auch für die Juden einen fundamentalen Übergang in ein neues Zeitalter. Es setzte eine Erneuerung des Denkens ein, das sich nunmehr auf die Vernunft berief und sich als Selbstbefreiung von aller Bevormundung durch Tradition und kirchliche Autorität verstand.

Einen tragenden Pfeiler der Aufklärung bildete die Überzeugung von der natürlichen Freiheit, Gleichheit und Güte aller Menschen und dies umschloss auch religiöse Toleranz. Die von der Obrigkeit verordnete gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden war seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht mehr aufrechtzuerhalten, da die allmählich aufkommende liberale Leistungsgesellschaft veränderte soziale Beziehungen und Umgangsformen erforderte. Mit der Säkularisierung schwand auch der durch kirchliche Tradition geheiligte, angeblich unauflösbare Gegensatz zwischen Juden und Christen.

Eine Lösung der „Judenfrage“ stand in Politik und Gesellschaft auf der Tagesordnung. Als der preußische Staatsrat Christian Wilhelm Dohm 1781 die bürgerliche Gleichstellung der Juden forderte, löste dies eine öffentliche Diskussion aus, die auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft lebhaft geführt wurde. In seinem Buch *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden*, erklärte Dohm, dass die elende soziale Lage der Juden nicht aus irgendwelchen natürlichen Anlagen oder religiösen Gebräuchen, sondern vielmehr aus der Jahrhunderte langen Unterdrückung durch die christliche Umwelt herrühre. Allerdings stand Dohm ganz im Bann traditionell-merkantilistischer Vorstellungen, wenn er betonte, dass sich die Juden für den Staat als „nützlich“ erweisen müssten.

Innerjüdische Debatte um Nation und Konfession

Die aufklärerischen Strömungen der Zeit blieben auch der traditionsbetonten jüdischen Orthodoxie nicht verborgen. Es zeichnete sich zum erstenmal die Möglichkeit ab, die Juden als gleichberechtigte Mitbürger in Staat und Gesellschaft einzubeziehen. Während die Orthodoxie zwar die Emanzipation der Juden innerhalb der Gesellschaft begrüßte, gingen ihren Vertretern die Bestrebungen der reformorientierten Glaubensgenossen zu weit und es kam zu Abspaltungen innerhalb der Gemeinden. Moses Mendelssohn (1729–1786), einer der wichtigsten Vertreter der jüdischen Aufklärung (Haskala), plädierte dafür, innerhalb des Judentums die sichtbaren und unsichtbaren Mauern des Ghettos, die letztendlich auch durch die religiösen Gesetze gestützt wurden, zu überwinden. Er bejahte die

Möglichkeit der Integration und Akkulturation in die mehrheitlich christliche Gesellschaft.

Das Bedürfnis, sich weltliche Bildung anzueignen, stieg in den folgenden Generationen stetig an. Im Zuge der sich rasant entwickelnden modernen Wissenschaften partizipierten zunehmend auch jüdische Intellektuelle, die sich dem Bildungsideal der europäischen Aufklärung anschlossen. Die einsetzende Diskrepanz zwischen Tradition und Modernität wirkte sich letztlich auch auf die urbane Siedlungsstruktur aus. Während die traditionsverhafteten Juden eher auf dem Land und in Kleinstädten lebten, rekrutierten sich die Maskilim (jüdische „Aufklärer“) und Akkulturationswilligen aus den sich zu geistigen Metropolen entwickelnden Großstädten (u.a. Berlin, Breslau, Paris).

Viele Juden gingen auch dazu über sich Taufen zu lassen, um nun endgültig das Stigma des Außenseiters abzulegen, oder wie im Falle des Trierer Juristen Heinrich Marx, dem Vater Karl Marx, der sich taufen ließ, um seinen Beruf als Anwalt ausüben zu können. Heinrich Heine nannte den Taufzettel das „Eintrittsbillet zur europäischen Kultur“ und auch er konvertierte zum Protestantismus.

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts begannen junge jüdische Intellektuelle, die eine weltliche Erziehung genossen und an der kulturellen Annäherung an Nichtjuden teilgenommen hatten, sich von der religionsgesetzlichen Regelung des jüdischen Lebens zu lösen. So erblickte der Hamburger Jurist Gabriel Riesser (1806–1863) im Judentum keine eigene Nation, sondern ein Glaubensbekenntnis; er ersehnte die „Lösung der Judenfrage“ als Teil des erfolgreichen Kampfes um deutsche Einheit und Freiheit. Seine Verbundenheit mit dem Deutschtum und sein politisches Programm legte er in der Zeitschrift *Der Jude*, die er zwischen 1832 und 1835 herausgab, mit folgenden Worten dar: „Bietet man mir mit der einen Hand Emanzipation, auf die alle meinen innigsten Wünsche gerichtet sind, mit der anderen die Verwirklichung des schönen Traumes von der politischen Einheit Deutschlands mit seiner politischen Freiheit verknüpft, ich würde ohne Bedenken die letztere wählen, denn ich habe die feste, tiefste Überzeugung, dass in ihr auch jene enthalten ist.“

Auch der Status der Religion wurde innerhalb der jüdischen Gemeinden erstmals diskutiert. Leopold Zunz (1794–1886) verwies dabei auf den rein konfessionellen Charakter des Judentums. Er schrieb 1819, dass der „Israelit ist nicht mehr Mitglied einer israelitischen Nation“ sei, sondern nur eines „israelitischen Glaubens“. Allerdings stellte er unumwunden klar, dass es im Zuge der „Assimilierung“ an die deutsche bzw. europäische

Kultur nicht darum gehe, die jüdische dafür preiszugeben. Vielmehr gehe es darum, die Selbständigkeit der jüdische Kultur im notwendigen Akkulturationsprozess zu wahren.

Während innerhalb der jüdischen Gemeinden um den Status der Religion als bloße Konfession gestritten wurde und man glaubte, damit einen Schritt weiter zur „Lösung der Judenfrage“ gekommen zu sein, machten sich auf nichtjüdischer Seite Kräfte ans Werk, die erneut eine Isolation der Juden aus der christlichen bzw. abendländischen Gesellschaft forderten.

Vordenker des Antisemitismus

Der seit dem Mittelalter vorhandene und religiös bedingte *Antijudaismus*, der die Juden als Brunnenvergifter, Hostienfrevler und Christusmörder diffamierte, gewann eine weitere Komponente hinzu, den „rassisch“-determinierten *Antisemitismus*, dessen politische und ideologische Dimension die weiteren Jahrzehnte maßgeblich bestimmte.

Der Begriff „Antisemitismus“ verweist – über den des Antijudaismus hinaus – auf eine neue Variante der Judenfeindschaft, die im Vergleich zum früheren religiös und ökonomisch motivierten Judenhass eine pseudo-wissenschaftliche Komponente in den Vordergrund stellt. Die Argumentation stützte sich dabei auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse, nach denen es rein biologisch eine Höher- und Minderwertigkeit bestimmter Völker und Volksgruppen gäbe. Man bediente sich der Lehren von Charles Darwin (1809–1882) und berief sich auf Arthur von Gobineau (1816–1882), der eine Rassentheorie (*Essai sur l'inégalité des races humaines*, 1854) entwickelte, nach der Juden eine negative „Rasseeigenschaft“ attestiert wurde, die „angeboren“ und „unveränderlich“ sei.

Zu den bekanntesten deutschsprachigen Protagonisten des „Rassen-Antisemitismus“ zählen der Philosoph und Nationalökonom Eugen Dühring (1833–1921) und Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), der Schwiegersohn Richard Wagners. In seinem Buch *Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage* (1881) betonte Dühring die unverrückbare Kluft zwischen der nordisch-arischen und der semitischen Rasse und rief die „Arier“ dazu auf, die Juden wieder ins Ghetto zu sperren. Chamberlain stellte in seinem 1899 erschienenen Buch *Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts* die „edle arische Rasse“ der „verderbten semitischen“ gegenüber. Während erstere „schöpferisch“ und „konstruktiv“ sei, sei letztere „schädlich“ und „destruktiv“. Die Popularität beider Schriften war groß, und obwohl Chamberlains Thesen jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrten,

war der deutsche Kaiser Wilhelm II. geneigt, diese Lektüre in den Lehrplan von Kadettenschulen aufzunehmen.

Die ersten antisemitischen Bewegungen formierten sich in Deutschland, Österreich, Frankreich und Russland. Der Begriff „Antisemitismus“ entstand zeitgleich. Er wurde in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts durch den Publizisten Wilhelm Marr in Umlauf gebracht. In seinen Hetzschriften ging er davon aus, dass ein „Kampf auf Leben und Tod zwischen Juden und Germanen“ stattfinde. Dass das Judentum dabei die Oberhand erlangt habe, signalisierte er bereits im Titel seiner 1879 erschienenen Schrift *Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum*.

Derartige Thesen fielen vielerorts auf fruchtbaren Boden, zumal viele gesellschaftliche Gruppen ihre feindliche Haltung gegenüber Juden damit bestätigt sahen und eigene Unzulänglichkeiten kompensieren konnten. Im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung sahen sich darüber hinaus Teile der Bevölkerung als benachteiligt, da sie an Einfluß und Bedeutung verloren. Ob Adel, Geistlichkeit, Bauern oder Kleinbürger, ihr Anteil an Industrialisierung und Modernisierung schwand zusehends. Dies führte zu wachsender Unruhe und Neid gegenüber dem zunehmenden Erfolg von einzelnen Juden im Wirtschaftsleben. Man stilisierte die Juden – kollektiv – zu Vertretern des Kapitalismus und gab ihnen die Schuld an den Wirtschaftskrisen. Zudem wurden sie für alle negativen Erscheinungen der sich rapide verändernden gesellschaftlichen Strukturen verantwortlich gemacht.

Antisemitismus in Osteuropa

Eines der absurdesten und fatalsten Zeugnisse des antisemitischen Schrifttums bildeten die sogenannten *Protokolle der Weisen von Zion*, die 1905 von der zaristischen Polizei unter das Volk gebracht wurden. Es handelte sich um die fingierte Mitschrift einer angeblichen jüdischen „Geheimregierung“, die sich auf die Errichtung einer „Jüdische Weltherrschaft“ vorbereite. Obwohl die *Protokolle* sehr bald als Fälschung entlarvt wurden, setzte man sie auch weiterhin gezielt zur antisemitischen Hetze ein und provozierte damit vielerorts Übergriffe auf die jüdische Minderheit.

Der größte Teil der jüdischen Weltbevölkerung lebte seit Jahrhunderten in dem von ihnen als *Aschenas* bezeichneten Land, das durch die Teilungen Polens und Litauens seit Beginn des 19. Jahrhunderts auch bis nach Russland hinein reichte. Um eine Ausbreitung der Juden in andere Teile des russischen Reiches zu verhindern, verfügte bereits Katharina die Große die Einrichtung von sogenannten Ansiedlungsrayons, in denen sich

Juden ausschließlich niederlassen durften. Dieses Territorium erstreckte sich von der Ostsee im Norden bis zum Schwarzen Meer im Süden und von Weißrussland und der Ukraine im Osten bis nach Westpolen. Um 1900 lebten dort etwa 5 Millionen Juden. Ihre restriktive und zuweilen grausame Unterdrückungspolitik nutzen die Machthaber des Zarenreiches immer wieder, um von der unfähigen Regierung und den maroden Strukturen des Staates abzulenken. Dem Unmut der Bevölkerung begegnete sie mit der antijüdischen Stereotype, dass die schlechte Lage des Landes den Juden zuzuschreiben sei. Seit den 1880er Jahren kam es in Russland immer wieder zu verheerenden Pogromen, so nannte man die mit Plünderungen und Mord einhergehenden Judenverfolgungen, bei denen sich die russische Bevölkerung abreagierte. Seit jener Zeit setzte eine verstärkte Emigration der Juden aus Russland ein. Die Vertriebenen versuchten über Westeuropa in die USA zu gelangen, in die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein Großteil der osteuropäischen Juden emigrierte.

Bürgerlicher Antisemitismus in Westeuropa

Einen westeuropäischen Höhepunkt der antijüdischen Stimmung bildete die Dreyfus-Affäre in Frankreich, deren Folgen bis weit ins 20. Jahrhundert wirkten und zu einer innenpolitischen Krise führten. Im Dezember 1894 wurde der aus dem Elsass stammende jüdische Offizier Alfred Dreyfus (1859–1935) aufgrund gefälschter Papiere wegen Landesverrates degradiert und zu lebenslanger Haft auf der Teufelsinsel verurteilt. Obwohl seine Unschuld bald offenkundig und der wahre Verräter gefunden war, widersetzten sich reaktionäre Militärkreise einer Wiederaufnahme des Verfahrens. In einem offenen Brief Emile Zolas (1840–1902) an den französischen Staatspräsidenten, verwies er auf den wahren Schuldigen und prangerte die antisemitische Haltung der französischen Militärbehörden an. Zolas Brief erschien am 13. Januar 1898 unter dem Titel *J'accuse* (Ich klage an) in der Zeitung *L'Aurore* und sorgte für eine landesweite überaus emotional geführte Diskussion, die zu einer bis dahin nicht gekannten Polarisierung innerhalb der Gesellschaft führte. Die französische Öffentlichkeit spaltete sich in „Dreyfusards“ und „Anti-Dreyfusards“. Den Gegnern von Dreyfus (in erster Linie das Militär, die katholische Kirche und die Monarchisten) diente diese Affäre als willkommenes Anlass für antisemitische Agitationen und einen Rundumschlag gegenüber Republikanern und Sozialisten.

Auch in Deutschland und Österreich etablierten sich seit den 1880er Jahren antisemitische Lager, so die „Christlich-soziale Arbeiterpartei“ des

Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker (1835–1909) und die ebenso genannte Gruppierung um den späteren Wiener Bürgermeister Karl Lueger (1844–1910). Nach den Wahlen 1893 waren 16 Abgeordnete antisemitischer Parteien in den Deutschen Reichstag in Berlin gezogen. 1895 erhielt die österreichische „Christlich-soziale Arbeiterpartei“ 66 Prozent der abgegebenen Stimmen. Obwohl der unmittelbare Einfluss der programmatisch antisemitischen Parteien in den Folgejahren eher wieder zurückging, blieb der Antisemitismus die verbindende Ideologie vieler nationaler Verbände und integraler Bestandteil bürgerlicher Ideologie. Dem konnte auch der Patriotismus der jüdischen Bürger im Ersten Weltkrieg wenig entgegenhalten. Von der Euphorie, mit der die Vaterlandsliebe zum Ausdruck gebracht wurde, zeugt ein Aufruf im Mitteilungsblatt des *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, der am 1. August 1914, dem Tag der Unterzeichnung des Mobilmachungsbefehls, veröffentlicht wurde: „An die deutschen Juden! In schicksalsschwerer Stunde ruft das Vaterland seine Söhne zu den Fahnen. Dass jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich. Glaubensgenossen! Wir rufen euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus eure Kräfte dem Vaterland zu widmen! Eilt freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle – Männer und Frauen – stellt euch durch persönliche Hilfeleistungen jeder Art durch Hingabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!“

1918: Neuanfang oder „Endlösung“ der „Judenfrage“?

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges verschoben sich Landesgrenzen, neue Staaten (beispielsweise wie die Tschechoslowakei und Jugoslawien) entstanden und die Frage des Umgangs mit nationalen Minderheiten bzw. ethnischen Gruppen gewann zunehmend an Bedeutung. Somit rückte auch die „Judenfrage“ erneut in den Vordergrund. Auf der Versailler Friedenskonferenz galt dieser Frage ganz besondere Aufmerksamkeit, zumal in Ländern, die ihre Unabhängigkeit erlangten oder wiedererlangten, ein massiver Nationalismus einsetzte, der sich vielerorts mit vehementem Antisemitismus paarte. Diese Situation nötigte die Alliierten, Wege zur Sicherung von Minderheitenrechten zu finden.

An den Verhandlungen in Paris 1919 nahmen zahlreiche jüdische Delegationen teil, so die Gemeindeversammlungen der Krim, Georgiens, Bessarabiens, Weißrusslands, Griechenlands und Italiens. Ebenso waren jüdische Organisationen wie der *American Jewish Congress*, die *Alliance Israélite Universelle*, das *Conjoint Foreign Committee of British Jewry*, die Zionisten sowie Nationalräte verschiedener Gebiete in Ost- und Mittel-

europa nach Frankreich gekommen, um über den künftigen Status der Juden in den jeweiligen Ländern zu verhandeln. Die Interessen der einzelnen Vertreter waren durchaus unterschiedlich; so variierten die Forderungen zwischen einer jüdischen nationalstaatlichen Autonomie, wie sie Vertreter aus Osteuropa forderten, und denen der eher auf Integration setzenden westeuropäischen Delegierten, die lediglich das Recht auf autonome jüdische Religions-, Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen in den einzelnen Staaten beanspruchten. Konsens bestand hingegen in der Forderung nach einer Klausel in den jeweiligen Verträgen mit den besiegten und den neuen Staaten, die einen Minderheitenschutz der Juden gewährleisten sollten.

Wie die Verhandlungen auf der Friedenskonferenz zeigten, lagen die Interessen zwischen den jüdischen Delegierten Ost- und Westeuropas am weitesten auseinander. Dies war zweifellos auf die Situation der Juden in den jeweiligen Ländern zurückzuführen. Waren die Juden West- und Mitteleuropas viel stärker in der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft aufgegangen, so lebten die Juden Osteuropas weiterhin in der Enge des Shtetl, das durch die Isolation von der nichtjüdischen Umwelt und weitgehender Armut geprägt war.

„Westjüdische Parvenüs“ und „ostjüdische Paria“ oder: „Krawatten-“ und „Kaftan-Juden“

Während die Religiosität für die osteuropäischen Juden im Shtetl den Lebensinhalt und damit auch den Lebensmittelpunkt bildete, galt es einem Großteil der Juden West- und Mitteleuropas sowie den säkular gebildeten Juden, die in den Großstädten Osteuropas lebten, die eigene Religion – als Konfession – zugunsten einer Zugehörigkeit zur Nation unterzuordnen. Viele von ihnen waren dem Judentum gänzlich entfremdet und wollten auch nur noch wenig mit den ihnen antiquiert erscheinenden Traditionen zu tun haben. Dies zeigte sich besonders in ihrem Verhalten gegenüber den Ostjuden, die als solche unmittelbar zu erkennen waren: durch Kaftan, Bart und Schläfenlocken, jenen Symbolen, die auf die Frömmigkeit und Gesetzestreue ihrer Träger verwiesen.

Nach den verheerenden Pogromen zu Beginn der 1920er Jahre strömten viele Ostjuden in die Metropolen Berlin, Budapest, Prag, Warschau und Wien. Dort machten sie entweder Zwischenstation vor ihrer Emigration in die USA oder sie versuchten vor Ort eine neue Existenz aufzubauen. Die Reaktion der ansässigen und religiös eher liberal orientierten Juden auf ihre orthodoxen Glaubensbrüder war in der Regel negativ, zumal diese

glaubten, dass jene unkultiviert und finster erscheinenden Gestalten für die eigene rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung eine Gefahr darstellten. Es fanden sich viele Stimmen, auch prominenter Juden, die sich abfällig über die „Kaftan-Juden“ und „ostjüdischen Paria“ äußerten. Jedoch entwickelte sich auch eine genau entgegengesetzte Haltung, die Sympathie für die dem Judentum treu gebliebenen Ostjuden zeigte. Denn im Zuge des wachsenden und vor allem auch offen verkündeten Antisemitismus erkannten viele assimilierten Juden, dass ihnen eine eigene Identität abhanden gekommen war. In der Gesellschaft wurden sie trotz formaler Gleichstellung als nicht gleichwertig anerkannt und ihre jüdischen Wurzeln hatten entweder sie selbst oder ihre Vorfahren im Anpassungsprozeß an die nichtjüdische Kultur verdörren lassen oder durchtrennt. Auf Seiten der Ostjuden wurden sie dafür als „westjüdische Parvenüs“ und „Krawatten-Juden“ verachtet, die für finanziellen Wohlstand und gesellschaftliche Anerkennung ihre eigene Identität preisgegeben hatten.

Während die Antisemiten keinen Unterschied zwischen West- oder Ostjuden machten bzw. das „Judenbild“ stets mit ostjüdischen Attributen versahen, bemühten sich die Westjuden um Abgrenzung. Eine – eingeschränkte – Solidarität wurde erst spürbar, als es beispielsweise im November 1923 zu pogromartigen Ausschreitungen gegen die ostjüdischen Bewohner des Berliner „Scheunenviertels“ kam. Der *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* und der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* waren maßgeblich an der Organisation eines jüdischen Selbstschutzes beteiligt. Bis zum Ende der Weimarer Republik veranstalteten diese beiden Institutionen regelmäßig Aufklärungsversammlungen und Schulungsabende besonders für nichtjüdische Bevölkerungsgruppen, in denen die Geschichte und die soziale Rolle der Juden in Deutschland erläutert wurden, um damit antisemitischer Propaganda entgegenzuwirken.

Bereits im Kaiserreich hatten sich jüdische Vereine und Verbände gegründet, die jüdische Studenten oder Sportler zusammenführten, die aufgrund ihrer Konfession aus Burschenschaften oder Sportvereinen herausgeworfen oder gar nicht erst zugelassen wurden.

Die meisten Mitglieder des bereits erwähnten *Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)*, der sich 1893 in Berlin gegründet hatte, waren davon überzeugt, dass eine Synthese von Deutschtum und Judentum möglich sei, und sie betonten ihre deutsche Staatszugehörigkeit und ihre Loyalität gegenüber dieser Nation.

Die starke assimilatorische Orientierung vieler europäischer Juden äußerte sich nicht zuletzt auch in ihrer aktiven politischen Rolle, die sie

besonders in den sozialistischen Parteien einnahmen. In den Revolutionen in Russland und Deutschland standen Juden in vorderster Front. Führende Köpfe der bolschewistischen Revolution waren jüdischer Herkunft, Leo Trotzki, Sinowjew, Lev Kamenev, Jakov Sverdlov und viele andere. Als in Bayern im November 1918 eine „Volksrepublik“ ausgerufen wurde, stand an deren Spitze der jüdische Sozialist Kurt Eisner. Es rückten weitere jüdische Intellektuelle ins politische Blickfeld: Gustav Landauer, Ernst Toller, Rosa Luxemburg, Hugo Haase, Hugo Preuß.

Allein von den sechs hier genannten, fielen drei Mordanschlägen zum Opfer: Rosa Luxemburg wurde zusammen mit Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 von rechten Korps umgebracht. Kurt Eisner fiel im Februar 1919 und Hugo Haase im November des gleichen Jahres Attentaten zum Opfer. Allen genannten war gemein, dass sie ihre religiöse Konfession zugunsten politischer Ideen aufgegeben hatten. Nicht selten äußerten sie sich kritisch über das Judentum, so beispielsweise auch Walther Rathenau (1867–1922), der 1897 im Alter von 30 Jahren den Aufsatz *Höre Israel* veröffentlichte, in dem er die „Gegensätze zwischen deutschem und jüdischem Wesen“ betonte und sich selbst zum „Assimilationsjudentum“ bekannte. Allerdings ging bei ihm die Assimilation nicht so weit, dass er sich zur Taufen entschloss, denn die Konversion zum Christentum lehnte er generell ab.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand für Juden erstmals die Chance – unabhängig von Konfession und Herkunft – politische Mandate zu bekleiden und ihren Neigungen und Fähigkeiten in Wissenschaft und Kultur uneingeschränkt nachzugehen. Als Gegenleistung erwiesen sich viele erneut als überaus assimilationsbereit. Sie tauschten zugunsten einer demokratischen und damit auf Freiheit und Individualität gegründeten gesellschaftlichen Ordnung ihr religiöses und über Generationen tradiertes Glaubensbekenntnis ein und hörten damit – theoretisch – auf, Juden zu sein.

Die Weimarer Republik als scheinbare Blüte einer „deutsch-jüdischen Symbiose“

Auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet gehörten Juden zu den Pionieren des Fortschritts und der Modernität. Zeitungs- und Buchverlage, die von Rudolf Mosse, Leopold Ullstein oder Samuel Fischer gegründet worden waren, führten verbesserte Produktions- und Vertriebsmethoden ein. Das Konzept der neu entstehenden Warenhäuser *Wertheim*, *Tietz* (später *Hertie*) oder das *KaDeWe*, bot dem Verbraucher ein breites Warensortiment unter einem Dach. Die Berufsfelder, in denen

Juden besonders stark vertreten waren, beispielsweise Bankiers, Warenhausbesitzer und Verleger, Regisseure und Schauspieler, Journalisten und Kritiker, waren auch überaus öffentlichkeitswirksam. Daher zog das antisemitische Argument der Überfremdung und Zersetzung des deutschen Geistes durch die Juden hervorragend und setzte sich im Bewusstsein breiter Massen, besonders bei den vom wirtschaftlichen Aufschwung benachteiligten Arbeiter und Angestellten, fest.

Zahlreiche jüdische Intellektuelle strömten ins Pressewesen, in die Theaterwelt, in die neu entstandenen kulturellen Bereiche. Hier kann nur angedeutet werden, dass die Blüte der deutschen Kultur und Wissenschaft nicht nur während der Weimarer Republik in beträchtlichem Maße auf den Leistungen von Persönlichkeiten jüdischer Herkunft beruhte. Naturwissenschaftler wie Albert Einstein oder Fritz Haber, Schriftsteller wie Arnold Zweig oder Alfred Döblin, Maler wie Max Liebermann oder Lesser Ury, Journalisten wie Alfred Kerr oder Theodor Wolff, Dirigenten wie Bruno Walter oder Otto Klemperer, Regisseure wie Max Reinhardt oder Leopold Jessner, Schauspieler wie Elisabeth Bergner oder Fritz Kortner, um nur einige wenige zu nennen, machten Berlin trotz Inflation und Wirtschaftskrise zu einem Kulturzentrum, an das heute wehmütig zurückgedacht wird. Bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten erhielten im deutschsprachigen Kulturraum zwölf Gelehrte jüdischer Herkunft einen Nobelpreis.

Die Mehrheit der deutschen Juden war dem Judentum weitestgehend entfremdet und fühlte sich in erster Linie als deutsche Staatsbürger und Kulturträger. Eine „jüdische Identität“ wurde häufig bereits von den Vorfahren durch eine „nationale“ ersetzt. Der Patriotismus, den Juden in Deutschland aber auch in allen anderen Ländern an den Tag legten, deutet auf die enge Bindung an das Land, in dem sie schon seit Generationen lebten. Es entstand besonders während der Weimarer Republik auf Seiten der deutschen Juden der Eindruck von einer gelungenen Emanzipation und Integration. Und nicht zuletzt die Zahl von interkonfessionellen Eheschließungen bestärkte diesen Eindruck. In Berlin lag die Quote der sogenannten „Mischehen“ in den zwanziger Jahren bei etwa 25 bis 30 Prozent.

Auch wenn sich viele Juden von der Religion entfernten – was im übrigen auch dem allgemeinen Säkularisationsprozess entsprach –, war ein jüdisches Gemeindeleben durchaus vorhanden. Allerdings zeigten sich auch dort eindeutige Akkulturationsprozesse. Die Gottesdienste am Sabbat, der bekanntlich auf den Samstag fällt, wurden in Reformgemeinden auf den Sonntag verlegt. Die Predigten wurden auch nicht mehr in Hebräisch

sondern in der Landessprache gehalten. Und die Kanzel, auf der der Rabbiner in protestantisch anmutendem Talar predigte, war – wie die Orgel und der Chor – dem christlichen Ritus entlehnt. In den Gebeten zum Pessachfest fehlte nunmehr auch die Formel „Nächstes Jahr in Jerusalem“, die die Juden an ihr Diaspora-Dasein erinnern und die Sehnsucht nach der Rückkehr ins Heilige Land vergegenwärtigen sollte. In vielen nicht-orthodoxen jüdischen Haushalten wurden die Speisevorschriften (Kaschrut) nicht mehr eingehalten und Chanukka, das jüdische Lichterfest, ähnelte mehr und mehr dem christlichen Weihnachtsfest. Es bildete sich der sogenannte „Drei-Tage-Jude“ heraus, der nur noch an den drei höchsten jüdischen Feiertagen und zwar an den beiden Feiertagen des jüdischen Neujahrsfestes, Rosh ha-Schana, und an Jom Kippur, dem Versöhnungstag, in die Synagoge ging und ansonsten dem öffentlichen religiösen Leben fern blieb. Erst die massive Ausgrenzungspolitik in Deutschland und anderen europäischen Ländern ließ viele von der Religion entfernten Juden wieder zu ihr zurückfinden. Die religiöse Überlieferung, in der das Judentum als „Schicksalsgemeinschaft“ gesehen wurde, gewann nun auch auf säkularem Gebiet an Aktualität.

Der Zionismus als „Lösung der Judenfrage“?

Die Sehnsucht nach Zion, dem Tempelberg in Jerusalem, die die Gebete der in der Diaspora lebenden Juden begleitet (z.B. Jes 10,12), gewann Ende des 19. Jahrhunderts weniger religiös als vielmehr politisch an Gewicht. Der Zionismus bildete die Grundlage der modernen jüdischen Nationalbewegung, die sich in erster Linie in Mittel- und Osteuropa entwickelt hatte. Er stellt sowohl eine kulturelle Wiederbelebung als auch eine politische Organisation dar und bildete letztlich den Grundstein für den späteren Staat Israel.

Ein Großteil der Anhängerschaft kam aus der jüdischen Arbeiterbewegung – in erster Linie dem Handwerksproletariat, denn die Schwerindustrie entwickelte sich – zumindest im osteuropäischen Raum – außerhalb der jüdischen Ballungszentren. Als Organisation und Partei erstrebten die *Poale Zion* (Arbeiter Zions) – ab 1906 in Osteuropa und ab 1907 weltweit – die „Lösung der jüdischen Arbeiterfrage“ in der Konzentration des jüdischen Proletariats in Palästina. Dieser Ansatz widersprach allerdings dem parallel agierenden *Bund* (Abkürzung für „Allgemeiner Yidischer Arbeiter Bund in Lite, Polyn und Ruslandien), einer ebenso sozialistisch orientierten jüdischen Partei, die für eine territoriale „Lösung der Judenfrage“ in den genannten Ländern eintrat und dabei das Jiddische als

Nationalsprache, die Förderung der jiddischen Kultur und des Unterrichts in eigener Sprache in den Vordergrund stellte.

Maßgebliche Vordenker des politischen Zionismus waren Moses Hess (1812–1875) und Theodor Herzl (1860–1904). Hess war einer der ersten, der in seinen Schriften eine „Wiedergeburt des jüdischen Volkes“ mit der „Konzentration in seinem Heimatland“ propagierte. In seinem Werk *Rom und Jerusalem. Die Letzte Nationalitätenfrage* (1892) entwickelte Hess die Idee eines auf sozialistischen Prinzipien aufgebauten jüdischen Nationalstaates in Palästina. Hess griff die These von der „Schicksalsgemeinschaft“ der Juden auf, aus der sich keiner ausgliedern könne. Vielmehr müsse jeder einzelne Jude solidarisch mit seiner ganzen Nation sein. Während seine Thesen bei den wenigsten Zeitgenossen auf Wiederhall trafen, denn seiner Zeit glaubten viele Juden fest an eine mögliche Emanzipation und Integration, fielen sie in den Folgegenerationen auf fruchtbaren Boden.

Herzl, der einer akkulturierten Budapester Familie entstammte und in Wien Jura studierte, war zwischen 1891 und 1896 als Korrespondent der *Wiener Neuen freien Presse* in Paris tätig. Dort erlebte er unmittelbar die Dreyfus-Affäre, unter deren Einfluss er die programmatische Schrift *Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage* (1896) verfasste. Dieses Werk gab den Anstoß zur Gründung der zionistischen Bewegung. 1897 berief Herzl den 1. Zionistischen Kongress in Basel ein und wurde von den 200 dort anwesenden Delegierten zum Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation gewählt. Der Weg zur „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ wie Herzl es gefordert hatte, war jedoch beschwerlich. Erst lange nach seinem Tod (1904) zeigte das hartnäckige Bemühen der Zionisten Erfolg. Im Zuge der Balfour-Deklaration (1917) gelang es 1922, als Großbritannien die Mandatshoheit in Palästina übernahm, jene Absichtserklärung in die Präambel des Völkerbundmandats aufzunehmen, die „Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen“ betrachtete und „die größten Anstrengungen“ unternehmen werde, um die „Erreichung dieses Ziels zu erleichtern“.

Der ersten Alija (hebräisch: Aufstieg; Einwanderung) russischer und rumänischer Juden 1882 nach Palästina, gingen blutige Pogrome voraus. Die zweite Alija erfolgte nach den Pogromen von Kischinew (1903) und der antijüdischen Hetze der zaristischen Regierung (1905). Auch der dritten (zwischen 1919 und 1923) und vierten Alija (zwischen 1924 und 1931) waren antijüdische Gewalttaten in Osteuropa voraus gegangen. Die fünfte

Alija (zwischen 1932 und 1939) zeigt einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Geschehnissen in Deutschland. Im Laufe des Jahres 1933 verließen allein rund 7.500 deutsche Juden ihr Heimatland in Richtung Palästina.

Seitdem die Briten die Mandatshoheit besaßen, wurde es allerdings schwieriger auf legalem Wege nach Palästina einzureisen. Am 17. Mai 1939 verhängten die Briten einen kategorischen Einreisestopp und selbst als die Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten bereits ein vollem Gange war, schickten sie das aus Rumänien kommende Schiff „Struma“ im Dezember 1941 zurück in den Heimathafen; das Schiff kenterte und 767 Menschen kamen ums Leben.

Europa zwischen Demokratie und Diktatur

In den zwanziger und dreißiger Jahren veränderten sich die politischen Konstellationen dahingehend, dass in vielen Ländern Europas, insbesondere auch in den neu entstandenen bzw. an Souveränität wiedererlangten Staaten, ultrakonservative oder faschistische Regierungen die Macht übernommen hatten. Dies hatte zur Folge, dass es in fast all jenen Staaten zu offenen Diskriminierungen von Minderheiten, in besonders starkem Maße gegenüber Juden, kam.

In Rumänien wurde beispielsweise 1924 ein Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet, das Juden, die nicht nachweisen konnten, dass sie bereits vor 1918 in Bessarabien gelebt hatten, die rumänische Staatsbürgerschaft entzog. Ebenso mussten Juden in der Bukowina und in Siebenbürgen nachweisen, dass sie bereits vor dem Krieg dort angesiedelt waren. In ähnlicher Weise operierte die polnische Regierung, die Juden, die früher aus den russischen Ansiedlungsrayons nach Zentralpolen verschlagen wurden, die Staatsbürgerschaft verweigerte. Österreich versagte den Ostjuden aus Galizien die Einbürgerung.

Trotz der formellen Gleichstellung von Minderheiten, die auch Bestandteil der meisten Staatsverfassungen war, blieb der Anteil von Juden im Staatsdienst unterproportional. In Polen, wo Juden mit ca. 10 Prozent den europaweit höchsten Bevölkerungsanteil stellten, lag ihre Beteiligung am Staatsdienst lediglich bei 2,2 Prozent, diese Zahl verminderte sich bis 1930/31 auf ein Prozent. Auf die Stadtbevölkerung bezogen wird die Diskriminierung noch deutlicher. Obwohl 30 Prozent der polnischen Stadtbevölkerung jüdisch war, betrug ihr Anteil an städtischen Bediensteten nur etwa zwei Prozent. In Rumänien, wo der jüdische Bevölkerungsanteil bei ca. fünf Prozent lag, gab es überhaupt keine Juden im Staatsdienst. Dies änderte sich auch nicht, als im Jahr 1936 ein akuter Ärztemangel

auftrat; die rumänische Regierung weigerte sich vehement, auch nur einen einzigen jüdischen Arzt in den Staatsdienst aufzunehmen.

In Ungarn trat bereits 1920 ein Numerus-Clausus-Gesetz in Kraft, das jüdischen Studenten den Zugang zur Hochschule erschwerte. Die Aufnahmehöhe wurde entsprechend des Bevölkerungsanteils festgeschrieben. Als jüdische Organisationen außerhalb Ungarns Protest einlegten und eine Beschwerde beim Völkerbund erwirkten, wurde das Gesetz zugunsten neuer Zulassungsbedingungen verändert. Nunmehr waren die Berufe der Eltern ausschlaggebend. Den Vorzug erhielten dabei Söhne von Bauern und Beamten, jenen Berufen, in denen Juden so gut wie gar nicht vertreten waren. In Polen wurde das Numerus-Clausus-Gesetz 1922 eingeführt. Damit wurde polnischen Juden der Zugang zu mehr als die Hälfte der Fakultäten versperrt. In den dreißiger Jahren wurde zudem eine offene Segregation betrieben. Jüdische Studenten bekamen spezielle Plätze („Judenbänke“) zugewiesen, auf denen ausschließlich sie sitzen durften.

Der „braune Kampf“ um das „rote“ Berlin

Obwohl eine von Joseph Goebbels, seit 1926 „Gauleiter“ an der Spree, prognostizierte schnelle „Eroberung des roten Berlin“ misslang, zeichneten sich in der deutschen Hauptstadt – wenn auch nicht in den klassischen Arbeitervierteln – enorme Zuwächse der NSDAP ab. Während bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 im Wedding weniger als 20 Prozent der Stimmen an die Nationalsozialisten gingen, gewannen sie in Steglitz, einem eher kleinbürgerlich geprägten Stadtteil, mehr als 40 Prozent. Noch deutlicher zeichnete sich die Stimmung in den Hochschulen ab. Bereits bei den Studentenschaftswahlen im Wintersemester 1930/31 gewann der *Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund* allein 61,7 Prozent. Die Hemmschwelle rechter Studenten, gegenüber andersdenkenden Kommilitonen gewalttätig zu werden, schwand zusehends. Es kam zu organisierten Überfällen auf kommunistische Studenten, jüdische Kommilitonen wurden verprügelt. Das Ziel der NSDAP war, durch Provokationen und Gewalttätigkeiten öffentlich auf sich aufmerksam zu machen. Der paramilitärische Charakter ihrer Aktionsformen war dabei offensichtlich.

Einen Vorgeschmack auf künftige antijüdische Aktionen gab der Überfall am 12. September 1931 auf dem Kurfürstendamm, bei dem jüdische (und versehentlich auch nichtjüdische) Passanten angepöbelt und blutig geschlagen wurden. Datum und Ort waren gezielt ausgewählt worden, da es sich um Rosch ha-Schana, das jüdische Neujahrsfest, handelte und am Abend dort viele jüdische Berliner erwartet wurden, die nach dem Gottes-

dienst in den nahegelegenen Synagogen (Fasanenstraße und Lehniner Platz), auf Berlins Prachtmeile flanierten. 2.000 *Braunhemden* (SA) und nationalsozialistische Sympathisanten hatten sich formiert und unter dem Schlachtruf „Juda verrecke! – Deutschland erwache!“ auf die Passanten eingeschlagen, die „wie Juden aussahen“. Da sie sich erst eine Stunde nach Ende des Gottesdienstes in Marsch gesetzt hatten, überfielen sie unwillkürlich zahlreiche Nichtjuden. Als die Rädelsführer vor Gericht standen – und seitens der Richter nur milde gerügt wurden – lautete der Kommentar eines gewissen Dr. Freisler: „Es ist bedauerlich, dass der eine oder andere Semit am Kurfürstendamm eine Ohrfeige bekommen hat. Aber was ist das schon gegen die Gewalttaten, die ständig an SA-Männern verübt werden?“

Als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler berufen und am 5. März seiner Partei von 43,9 Prozent der erwachsenen Deutschen legal das politische Mandat – mit Hilfe der Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei – zugesprochen wurde, waren Hitlers Parolen und auch Ziele hinlänglich bekannt. Sowohl in der 1924 – während der Landsberger Festungshaft – verfassten Schrift *Mein Kampf*, als auch im Parteiprogramm der NSDAP stand unmissverständlich geschrieben, was Hitler und die Nationalsozialisten von den Juden hielten und wie sie gedachten, mit ihnen umzugehen. Im „25-Punkte-Programm“ der NSDAP von 1920 war unter Punkt 4 explizit zu lesen: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“

Was in den kommenden Jahren folgte, bleibt bis heute unfassbar. Waren es am 10. Mai 1933 die Bücher, die bei einer „Aktion wider den undeutschen Geist“ ins Feuer geworfen wurden, erwies sich eine Prophezeiung von Heinrich Heine, die er 1820 in seinem Schauspiel *Almansor* formulierte, in diesem Punkt als bittere Wirklichkeit: „Dies war ein Vorspiel nur; dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“

